

30. Dezember 1969: Telefon-Mitteilung über die abhörsichere Leitung des sowjetischen Botschafters in der DDR, P. A. Abrasimov, an Außenminister A. A. Gromyko*

In seinen zuletzt gegebenen Interviews für die westliche Presse zu Fragen möglicher Verhandlungen zwischen der BRD und der DDR teilte der Kanzler der BRD, Brandt, mit, dass „die Bundesregierung die Absicht hat, ihre Haltung zu den auf Deutschland bezogenen Vorschlägen des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Ulbricht, nicht nur im Rahmen des am 14. Januar [zu verlesenden Berichts] über die Lage der Nation im Bundestag, sondern auch in einer direkten Antwort an Ostberlin darzulegen“.¹ Form und Inhalt dieser Antwort seien, den Worten Brandts zufolge, noch nicht endgültig festgelegt.

Doch gelte es, seinen Worten zufolge, „Vorklärunge vorzunehmen, die erforderlich sind, um unsererseits eine Gesprächsrunde [...] mit Ostberlin vernünftigt einleiten zu können.“²

Im Interview merkte Brandt an, dass die Bundesregierung nach dem Treffen der Partei- und Staatschefs der sozialistischen Länder in Moskau davon ausgehen müsse, dass „deren Verhalten uns gegenüber gut aufeinander abgestimmt ist... Es hat sich so ergeben, dass die drei Orte Moskau, Warschau und Ostberlin in einem Zusammenhang gesehen werden müssen. Ich glaube, es besteht in diesen Tagen Grund, ganz dick zu unterstreichen: Man muß illusionslos an diese Gespräche und Verhandlungen herangehen...“.³

In einer gegenüber der Zeitschrift „Der Spiegel“ abgegebenen Erklärung ließ der Außenminister der BRD, Scheel, neben einem Plädoyer für einen Beginn der Verhandlungen mit der DDR zusätzlich wissen, dass die Bundesregierung ihre Haltung in der Frage der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR nicht ändern werde. Der von der DDR vorgelegte Entwurf des völkerrechtlich verbindlichen Vertrages sei Scheel zufolge „eindeutig härter“ als die von W. Stoph im Jahre 1967 vorgeschlagenen Verträge.

Eine Annäherung der zwei deutschen Staaten sei laut Scheel einzig im Rahmen der allgemeinen „internationalen Entwicklung“ möglich. Diese These wird auch in einem der „Rhein-Zeitung“ gegebenen Interview Brandts bemüht: „Wenn sich in den kommenden Jahren etwas ändert, dann nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern überhaupt zwischen Ost und West. Eine isolierte Lösung gibt es nicht.“⁴

In seiner diesjährigen Weihnachtsansprache hielt Brandt fest, dass „auf die Dauer niemand an der Realität der innerdeutschen Nachbarschaft vorbeikommen wird, die von der Realität einer europäischen Koexistenz nicht zu trennen ist“.⁵

Beachtung verdient die Tatsache, dass in den Presseerklärungen anlässlich möglicher Verhandlungen mit der DDR sowohl Brandt als auch Scheel die „Existenz der Rechte und Verantwortlichkeiten der Großmächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes“ betonen, indem sie diese offenbar als

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 687, S. 4f. – Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 01325, 14. Januar 1970, unterliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 38.“ Verfügung: „Ergeht an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros des ZK der KPdSU. 30. Dezember 1969, A. Gromyko.“ Stempel: „01325.“ Unleserliche Unterschrift am linken Seitenrand.

¹ Am 28. Dezember 1969 sagte Willy Brandt im Interview für den Südwestfunk: „Wir werden uns am 14. Januar als Bundesregierung im Bericht zur Lage der Nation äußern. Aber es wird eine Reihe anderer Erörterungen geben. [...] Wir werden auch unsere Entwürfe vorbereiten dafür – wir haben schon einige Arbeiten dazu geleistet –, wie wir uns die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden staatlichen Ordnungen auf deutschem Boden vorstellen.“ (Die Politik der Bundesregierung an der Schwelle der 70er Jahre, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 157, 30.12.1969, S. 1337-1340, hier S. 1337).

² Willy Brandt: Im Interesse des Friedens und der Menschen in Deutschland, Interview der Neuen Rhein-Zeitung vom 23. Dezember 1969, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 157, 30.12.1969, S. 1335f, hier S. 1335.

³ Ebd.

⁴ Ebd., S. 1336.

⁵ Nahezu wortgleich aus Willy Brandt: Deutschland als eine Macht des Friedens, Weihnachtsansprache vom 24. Dezember 1969, in: ebd., S. 1333.

eine gewisse Garantie für die Bewahrung einer künftigen „Einheit“ Deutschlands erachten. Brandt unterstützte unter anderem einen Vorschlag Wehners über eine mögliche Deponierung der Verträge zwischen der BRD und der DDR „bei den vier Großmächten, die ja immer noch eine bekannte Verantwortung für die deutschen Dinge mittragen“.⁶

In einem Interview für die jugoslawische Zeitschrift „Kommunist“ sagte Scheel folgendes: „...Die Realität besteht darin, daß bis zur endgültigen Lösung der deutschen Frage, in Deutschland besondere Bedingungen bestehen: vor allem die Rechte und Verantwortlichkeiten der vier Großmächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und auf Berlin sowie eine Erklärung beider Teile Deutschlands zur Einheit der Nation.“⁷

Ich teile dies im Informationswege mit.

Der Botschafter der UdSSR in der DDR

P. Abrasimov

F. d. R.: Falin⁸

⁶ Willy Brandt: Im Interesse des Friedens und der Menschen in Deutschland, Interview der Neuen Rhein-Zeitung vom 23. Dezember 1969, in: ebd., S. 1335f, hier S. 1335.

⁷ Vgl. „Die vierte Realität ist schließlich, daß bis zur endgültigen Lösung der deutschen Frage in Deutschland besondere Bedingungen bestehen: vor allem die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Großmächte in bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin und das Bekenntnis beider Teile Deutschlands zur Einheit der Nation.“ (Interview mit der jugoslawischen Zeitung „Kommunist“ vom 25. Dezember 1969, in: Walter Scheel: Reden und Interviews, Bonn 1972, S. 79-83, hier S. 81.)

⁸ Hs. unterzeichnet.